

Ausschuss sagt ja zur Stellungnahme

BLF stimmt dagegen und untermauert Forderung, dass der Spessart windkraftfrei bleiben muss

Flörsbachtal (hs). Mehrheitlich, mit den Stimmen der SBF und der SPD, empfehlen der Haupt- und Finanzausschuss und der Bauausschuss der Gemeindevertretung die Annahme der vom Gemeindevorstand vorgelegten Stellungnahme zum Teilplan Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen.

Danach soll nach dem Willen der Gemeinde die Vorrangfläche 936 (zwischen Flörsbach und Mosborn) gestrichen werden, da diese zu dicht am Naturschutzgebiet Wies-

büttmoor liegt. Anders sieht es mit der Vorrangfläche 937 (auf dem Bergfeld zwischen Mosborn und Kempfenbrunn) aus. Die Gemeinde ist dort Grundbesitzer, weshalb sie hier eine Vorrangfläche für die Errichtung von Windrädern begrüße, formulierte Bürgermeister Frank Soer. Allerdings, so warf Jürgen Jordan (SPD) ein, bildet dies einen Widerspruch zu, der ursprünglich gefassten Erklärung der Gemeinde, dass Freiflächen nicht beplant werden sollten. „Eigentlich haben wir den Anspruch: Windräder gehören in den Wald“,

sagte Soer, da die Gemeinde über sehr viel Wald verfüge und die Freiflächen als schützenswert erachtet. „Doch aufgrund der Eigentumsverhältnisse auf dem Bergfeld müssen wir dort den Fuß in der Tür haben.“

Die BLF sprach sich gegen diese Stellungnahme aus. „Uns geht es darum, dass wir überhaupt keine Windräder im Spessart haben wollen“, sagte Harald Krostewitz. Ferner informierte Krostewitz, dass das Regierungspräsidium Darmstadt die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme bis Mitte Juli ver-

längert hat. Grund sei, dass es die Stadt Offenbach versäumt habe, die notwendige Offenlage durchzuführen, weshalb nun seitens des Regierungspräsidiums entschieden wurde, die Frist bis Mitte Juli zu verlängern. Auch jeder Bürger könne eine Stellungnahme abgeben, informierte Krostewitz.

Beim ersten Beteiligungsverfahren seien insgesamt 25000 Stellungnahmen beim Regierungspräsidium eingegangen und zusätzlich 5000 Stellungnahmen für den Planungsverband Frankfurt, sagte Soer. So rechnet der Bürgermeister,

dass noch eine gewisse Zeit ins Land gehen wird, bis der Regionalplan in Kraft treten wird. Zumal nächstes Jahr die Landtagswahl ansteht. Bis es dann zum Bau eines Windrades komme, seien die notwendigen emissionsrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen. Am Beispiel Roskopf, wo es bisher keine Entscheidung gab und auch in nächster Zeit keine in Sicht sei, könne auch dies dauern. Zudem stehe in nächster Zeit eine Überarbeitung des Regionalplans 2020 an, ebenso die des Landesentwicklungsplans.

225 1102 30.10 2MG